

Zeitschrift:	Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber:	Schweizerisches Ost-Institut
Band:	3 (1962)
Heft:	11
Rubrik:	Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

und schliesslich den Uebergang vom individuellen zum kollektiven Akkordlohn zu bewerkstelligen. Sie enthalten nicht nur Qualitäts- und Quantitätsforderungen, sondern sollen gleichzeitig gestatten, die Anzahl der Arbeiter genau festzustellen, welche bei normaler Auslastung in einem gegebenen Betrieb zu beschäftigen wären.

Die neueste sowjetische Entwicklung

bestätigt diese Tendenz. Im Februar veröffentlichte das Staatskomitee für Arbeits- und Lohnfragen beim Unionsministerrat gemeinsam mit dem Zentralrat der Gewerkschaften neue diesbezügliche Rechtsnormen, die verbindlich sind. Sie setzen neue Kategorien von Arbeitern fest, die fixe Löhne erhalten, und bestimmen zugleich die jeweiligen Höchst- und Mindestgehälter.

Dabei sind auch die Löhne in ihren Zahlen interessant: So kommt ein Schuhmacher (»zur Reparatur von Berufsschuhen« angestellt) auf 46 bis 55 Rubel, ebenso eine Waschfrau. Ein Chauffeur erhält 50 bis 70 Rubel, ein Maurer 50 bis 60 und ein Obermaurer 55 bis 70 Rubel. Der neue Rubel (gleich zehn alte) hat zwar offiziell ungefähr Dollarparität, entspricht aber seiner inneren Kaufkraft nach gemessen zwei Schweizer Franken. Die schlechte Bezahlung wird auch an diesen neuen Löhnen deutlich. (Ueber Reallohn unter Berücksichtigung der stark ausgebauten Sozialleistungen siehe letzte Nummer.)

Im Spiellraum zwischen den angesetzten Lohngrenzen werden die Arbeitsnormen und die Verantwortung berücksichtigt. Hier sind — namentlich auf Grund der neuen Kollektivnormen — die Betriebe zuständig.

Ueber die unbezahlte «Aufbauarbeit» im Dienste der Gesellschaft wurde schon gesprochen. Diese zusätzlichen Anforderungen sind bei der Berücksichtigung der Gesamtarbeit nicht zu vergessen. Das Gesamtbild erst ist schlüssig.

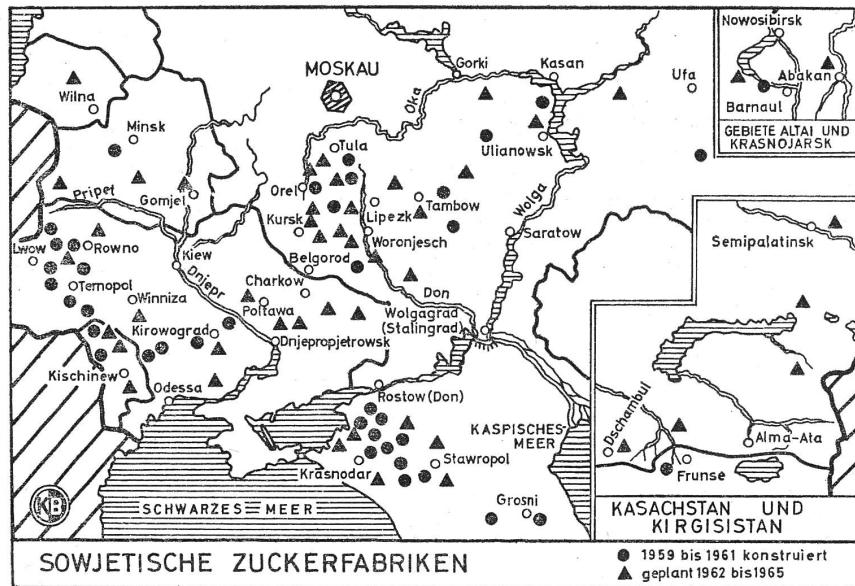
Produktion

Sowjetunion

Keine Freude für Castro

dürfte der geplante Ausbau der sowjetischen Zuckerindustrie darstellen, wie er aus unserer Skizze ersichtlich ist. Bis Ende des laufenden Siebenjahresplanes, also 1965, ist eine jährliche Zuckerproduktion von zehn Millionen Tonnen vorgesehen, womit die letztjährige Erzeugung um rund zwei Millionen Tonnen überschritten werden müsste.

Es ist zwar auf Grund der gegenwärtigen Lage nicht anzunehmen, dass der Plan erfüllt werden kann. Das Erreichen des Ziels hängt von zwei Komponenten ab: Da ist einmal das Bauprogramm und die Maschinenlieferung. Hier haben die Anstrengungen schon beträchtliche Erfolge gezeigt, wenn auch Verzögerungen nicht ausgeblieben sind (auf unserer Skizze sind einige Unternehmen als gebaut eingezeichnet, die noch nicht betriebsfähig sind). Zur Entwicklung der nötigen Einrichtungen hat die Sowjetunion zwei besondere Projektierungsinstitute, in denen auch laufend die bisherigen Erfahrungen gesammelt und die Ergebnisse ausgewertet werden. Bei diesem Programmanteil fehlt es jedenfalls weniger an der wissenschaftlichen Vorbereitung als an der Kapazität der Ma-



schenfabriken, welche mit den Aufträgen nicht rechtzeitig fertig werden.

Entscheidend ist aber die andere Komponente, die landwirtschaftliche. Chruschtschew hat auch zur Anpflanzung von Zuckerrüben eine eigentliche Anbauschlacht inszeniert, die, wie bei soviel andern Agrarzweigen, nicht das hielt, was sie versprach. In den beiden letzten Jahren blieben namentlich in der RSFSR und der Ukraine (wo der Parteichef diesen Winter eine besonders scharfe Kritik zu den Landwirtschaftsergebnissen formulierte) beträchtliche Prozentsätze der Zuckerrüben erntete auf den Feldern liegen. Die Ware verdarb oder war bis zu ihrer Verwertung in ihrem Gehalt doch erheblich reduziert. Letztes Jahr standen allein in der Ukraine 78 einzelne Unternehmen der Zuckerfabrikation (auf unserer Karte sind zusammengefasste Industrien und Kombinate zu sehen) still, ganz einfach deshalb, weil der WarenNachschub fehlte. Die Lebensmittelindustrie braucht eben Lebensmittel als Rohstoff, wenn sie produzieren soll. Die mehr oder weniger latente Agrarkrise ist mit ein Grund, weshalb die Versorgungsindustrie, die ohnehin im Verhältnis zur Schwerindustrie vernachlässigt wird, verglichen mit dem allgemeinen Produktionszuwachs, stagniert.

Für Kuba, das in der Sowjetunion einen Hauptabnehmer für seinen Rohrzucker gefunden hat, würde allerdings selbst die sowjetische Planerfüllung bezüglich Zuckerproduktion noch keinen unmittelbaren Anlass zur Besorgnis bilden. Dies, weil die UdSSR ihre Einkäufe nach politischen Gesichtspunkten tätigt. Die kubanischen Lieferungen tauchen via Sowjetunion auf verschiedenen Stellen des Weltmarktes wieder auf, wobei Moskau bisher sogar Verluste in Kauf genommen hat. Immerhin kann der Handel je nach politischer Opportunität auch wieder fallen gelassen werden, denn wirtschaftlich angewiesen ist Chruschtschew auf Castros Angebote nicht. Somit rechtfertigt sich unser Titel, vielleicht nicht gerade im Sinne einer dringenden Aktualität, aber doch in dem Sinne, dass der kubanische Führer, der über kommunistische Vertragstreue Bescheid weiß, an der Entwicklung nicht eitel Freude haben dürfte.

Erziehung

SBZ

Neuer Lehrplan

Die Entwicklung eines auf die totale «sozialistische, später kommunistische Erziehung» ausgerichteten «Erziehungsprogrammes» ist zur Hauptaufgabe des «Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts» in Ostberlin erklärt worden. Da hierfür ein Zeitraum von mehreren Jahren vorgesehen ist, wird das Institut vorerst drei Schwerpunkte aus seiner Gesamtaufgabe herauslösen und als Teilprogramme vorderlich behandeln: die staatsbürgerliche Erziehung, die Arbeitserziehung und die körperliche Erziehung.

Der Entwurf des Teilprogrammes «staatsbürgerliche Erziehung» soll bis Ende 1962 ausgearbeitet sein und anschliessend zunächst in den Klassen 1 bis 8 erprobt werden. Die Arbeiten für dieses Teilprogramm, so lautet die Grundkonzeption, müssen von den Beschlüssen des 22. Parteitages der KPdSU und des 14. Plenums des Zentralkomitees der SED ausgehen.

Die drei Teilprogramme sollen, wie das Institut mitteilt, Bestandteil eines neuen «Lehrplanwerkes» werden, das ab 1962 bis 1970 erprobt wird und das, wie dem Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut zur Aufgabe gemacht worden ist, «den ständig wachsenden Anforderungen der Gesellschaft bei der Vollendung des Sozialismus und beim Uebergang zum Kommunismus entspricht».

Erst zu Beginn des Schuljahres 1959/60 hatte das Ministerium für Volksbildung ein neues Lehrplanwerk eingeführt, für das nach dem 13. August für die Fächer Geschichte und Staatsbürgerkunde einige Veränderungen vorgenommen waren, um bei allen Schülern «Klarheit über die Grundfrage der Politik von Partei und Staat zu erreichen».

Bis 1965 will das «Deutsche Pädagogische Zentralinstitut» eine Gesamtkonzeption für die Bildung und Erziehung im Unterricht der sozialistischen Schule vorlegen, die davon ausgeht, «dass der Unterricht in allen Fächern stärker als bisher politisch durchdrungen wird».

Die «Deutsche Demokratische Republik» (DDR)

Sowjetische Besatzungszone / SBZ

(Weitere Bezeichnungen: Mitteldeutschland, Ostzone.)

Geschichte: Nach der Kapitulation Hitlerdeutschlands wurde die sowjetische Besatzungszone von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) verwaltet. Die Entwicklung zum Satellitenstaat begann mit dem erzwungenen Zusammenschluss der deutschen KP mit den Sozialdemokraten zur «Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands» (SED) im Oktober 1946. Die übrigen Parteien wurden in allen Belangen unterdrückt. 1949 war die Gleichschaltung so weit gediehen, dass die Volksfrontwahlen vom Mai erstmals mit Einheitsliste durchgeführt werden konnten. Nach Annahme einer sowjetisch ausgerichteten Verfassung wurde die DDR am 7. Oktober 1949 proklamiert. Ihr übertrug die SMAD offiziell die Verwaltung. Von den westlichen Staaten wird das politische Gebilde kommunistischer Prägung nicht als Staat anerkannt. Vom Juni 1948 bis zum Mai 1949 hatte nach der deutschen Währungsreform die Berliner Blockade stattgefunden, die durch die alliierte Luftbrücke überwunden wurde. Nach Ausrufung der Republik wurde der Weg zur Volksdemokratie beschritten, der Staatsicherheitsdienst gebildet, und die Volkspolizei eingeführt. Einführung der Planwirtschaft und der Kollektivierung, Neuordnung der politischen Unterteilung des Landes 1952 (4 Bezirke statt fünf Länder). 1952 Dekretierung einer fünf Kilometer tiefen Sperrzone an der Grenze gegen die Bundesrepublik. 1953 Aufstand vom 17. Juni der unterdrückten Arbeiter; wird von den Sowjetpanzern niedergewalzt. 1954 anerkennt die UdSSR die Souveränität der DDR, behält aber auf Grund des Warschauer Paktes und in Berufung auf das Potsdamer Abkommen ihre Truppen im Land. Bildung der Nationalen Volksarmee 1956. Die fortgesetzte Fluchtbewegung nach dem Westen hat laufende Verschärfung von Pass- und Aufenthaltsregelungen zur Folge. Am 13. August 1961 Errichtung der Mauer in Berlin, obwohl die Bewegungsfreiheit in der dem alliierten Viermächtestatut unterstehenden Stadt garantiert war.

Verfassung: Vom 7. Oktober 1949 mit einer Abänderung (Errichtung des Staatsrates) vom 12. September 1960.

Regierungsform: Die Volkskammer bildet das Parlament. Der Staatsrat mit 24 Mitgliedern bildet das kollektive Staatsoberhaupt, sein Präsident ist Parteichef Walter Ulbricht. Ministerpräsident Otto Grotewohl.

Parteien: Die KP nennt sich seit dem «Zusammenschluss» mit der SPD «Sozialistische Einheitspartei Deutschlands». Offiziell zugelassen, wenn auch ohne jede praktische Bedeutung, sind die Christlichdemokratische Union (Ost-CDU) die Liberaldemokratische Partei, die Nationaldemokratische Partei und die Demokratische Bauernpartei. Sie alle anerkennen die leitende Rolle der SED. Alle «Wahlen» nach Einheitsliste. Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED ist Walter Ulbricht. Er ist Stalinist, regiert diktatorisch und betreibt den offiziell abgeschafften Personenwahl.

Fläche: 107 834 Quadratkilometer mit, und 107 431 Quadratkilometer ohne Ostberlin. Administrative Gliederung in 14 Bezirke. Ostberlin, die verfassungsmäßige Hauptstadt, ist de jure ein Teil Grossberlins unter Viermächtestatut.

Einwohner: Die ständige Flucht der Bevölkerung nach Westdeutschland (insgesamt schätzungsweise vier Millionen) bis zum August 1961 liess die Bevölkerungszahl trotz dem normalen Geburtenüberschuss ständig zurückgehen. Sie sank von über 18 Millionen 1950 auf 16 Millionen.

Religion: Protestantisch mit katholischer Minderheit. Die Kirchen stehen unter dem Druck des Regimes.

Armee: Die Einführung der Wehrpflicht hat das bisherige «freiwillige» System abgelöst. Die «Nationale Volksarmee» hat

nach dem 13. August ihre Bestände von rund 100 000 auf über 200 000 Mann erhöht. Daneben bestehen die paramilitärischen Organisationen in Belegschaften und Gewerkschaften. Besonders militant ist die «Freie Deutsche Jugend» (FDJ), die nach Art der Hitlerjugend weitergeführt wird und nicht zuletzt zur Terrorisierung der Bevölkerung eingesetzt wird.

In der SBZ sind 22 sowjetische Divisionen mit gut 400 000 Mann stationiert.

Wirtschaft: Der Siebenjahresplan (ab 1959) konnte bisher noch in keinem Volkswirtschaftsplan (Jahresplan) erfüllt werden. Die Massnahmen des 13. August machten die Krise akut. Ihr suchte man letzten September mit dem «Produktionsaufgebot» zu begegnen, der in den volkseigenen Betrieben höhere Arbeitsnormen ohne Lohn erhöhung vorsieht. Als besonderes Ziel gilt es, die ostdeutsche Wirtschaft «störfrei», d. h. vom Westen unabhängig zu machen. Stark zurückgeblieben ist namentlich die Konsumgüterproduktion, ferner der Wohnungsbau.

Zu den wichtigsten Industriezweigen der SBZ gehören der Maschinenbau, chemische Erzeugnisse, Halb- und Fertigwaren aller Art. Als Rohstoffe sind Braunkohle und Kalisalze von Bedeutung.

Landwirtschaft: Gegen die Kollektivierung von 1960 ist der passive Widerstand der Bauernschaft noch nicht abgetötet worden, wenn sich auch die Massnahmen gegen das individuelle Gewinnstreben verschärft haben. Im grossen und ganzen ist die Lebensmittelversorgung unbefriedigend und schlecht (dieses Jahr besonders mit Kartoffeln).

Der Außenhandel wickelt sich zu 70 Prozent mit kommunistischen Ländern (über 40 Prozent mit der Sowjetunion) ab.



Soziales

Polen Arbeitslosigkeit

Wie aus der Stadt Lodz, einem Zentrum der Textilindustrie, gemeldet wird, herrscht zunehmende Arbeitslosigkeit unter den Textilarbeiterinnen. Gegenwärtig sind 3000 von ihnen arbeitslos, darunter 300 qualifizierte Weberinnen. Auch 250 Familienhalterinnen sind auf der Suche nach Arbeit. Die Lage wird sich mit der laufenden Modernisierung der Textilindustrie noch weiter zuspitzen. So erwartet man, dass im ersten Quartal dieses Jahres in der

Woll- und Baumwollindustrie noch weitere 800 Personen die Kündigung erhalten. Das in Moskau (1958) herausgegebene «Kurze Ökonomische Wörterbuch» von G.A. Koslow und S.P. Perwuschin, bezeichnet die Arbeitslosigkeit als einen «augenscheinlichen Beweis für die Fäulnis und den Parasitismus des modernen Kapitalismus, für seine Unfähigkeit, die Hauptproduktivkraft der Gesellschaft voll auszunutzen». In der kommunistischen Produktionsweise sei dagegen «die Arbeitslosigkeit restlos und für alle Zeiten beseitigt». Aus diesem Grunde gibt es auch in Polen — wie in den übrigen Ostblockstaaten — keine Unterstützung für Arbeitslose.

Wissen über die SBZ

Bild, Wort und Ton

Der 13. August 1961. Informations-Kassette. Herausgegeben vom Senator für Jugend und Sport.

Diese Kassette enthält reichhaltiges Studienmaterial für die Gruppenarbeit. Sie umfasst eine Langspielplatte mit Auszügen aus Reden ostzonalen Leute auf der einen, westlicher Persönlichkeiten auf der andern Seite. Ein Positiv-Film mit 33 Aufnahmen kann zu Dia-Vorführungen verwendet werden. Eine Anzahl grossformatiger Photographien veranschaulicht die Zweiteilung der Stadt durch die Mauer. Ein Band enthält Presseberichte aus Ost und West zur Lage Berlins und zeigt den Verlauf der Entwicklung in dieser gegensätzlichen Sicht. Der Kassette ist ferner eine Nummer des Organs des ZKs der SED, «Neues Deutschland», eine ostzionale Bekanntmachung sowie ein Westberliner Plakat beigegeben. Vier Broschüren sowie Stadtpläne ergänzen dieses interessante Material.

Die Kassette stellt einen wertvollen Versuch zur objektiven Aufklärung dar. Die Fülle sachlicher Dokumente und Unterlagen ermöglicht es, eine eigene Stellungnahme zur Lage Berlins zu erarbeiten. Sie leistet für die Gruppenarbeit und zur Ausarbeitung von lebendigen Vorträgen beste Dienste.

Der Kassette kommt ein bedeutender erzieherischer Wert zu. Sie vermittelt keine fertige Meinung, sondern setzt vom Benutzer ein Studium voraus, das zu einer persönlichen Stellungnahme führt.

In Zusammenarbeit mit dem Senator für Jugend und Sport in Westberlin macht das Ost-Institut, Abteilung Verwaltung, diese Kassette den schweizerischen Interessenten zum Selbstkostenpreis von Fr. 30.— zugänglich. (Bestellungen durch Voreinzahlung auf Postkonto III 407 mit dem Vermerk «Berliner Kassette» und genauer Adressangabe. Auslieferung in den nächsten Wochen.)

Steine der Mauer

Die Berliner Mauer — eine Verhöhnung der Menschenrechte. Herausgegeben von der Internationalen Juristen-Kommission in Genf. 1962. 56 Seiten.

Letzte Woche veröffentlichte die Internationale Juristenkommission in Genf ihren Bericht über die Lage in Berlin. Die Kommission bezweckte in erster Linie die Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit. Die vorliegende Schrift behandelt das Berlin-Problem daher vorwiegend unter dem rechtlichen Gesichtspunkt und erwähnt die politischen Ereignisse nur zum besseren Verständnis der gesamten Entwicklung. In einem ersten Teil wird unter dem Titel «Das Plebisitz der Füsse» die jahrelange und erst durch die Mauer unterbrochene Massenflucht aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands dargestellt. Die ostzonalen Abwehrmassnahmen gegen die Abwanderung der Bevölkerung, gegen diese «Republikflucht» werden sodann aufgezählt. Ferner werden der stufenweise Zerfall der Viermächtekontrolle in Grossberlin und die Entwicklung eines sowjetischen Herrschaftssystems beschrieben. Im vierten Teil werden die durch die Errichtung der Mauer hervorgerufenen Verletzungen

der Menschenrechte untersucht. In einem Anhang werden entsprechende Dokumente aufgeführt. Der sachliche Bericht zieht die eindeutige Schlussfolgerung, dass die Errichtung der Mauer und die anderen von der Regierung der SBZ am oder nach dem 13. August erlassenen Massnahmen eine Verletzung der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen wie auch der Verfassung der SBZ darstellen.

Militär

Bulgarien

Rekrutierung für die Grube

Diejenigen jungen Bulgaren, die ihren Wehrdienst nicht leisten wollen, können in Zukunft auch in den Bergwerken arbeiten.

«Izvestia na Prezidiuma na Narodnoto Saboriye veröffentlichte ein Dekret des Präsidiums der Nationalversammlung, das diese Alternative vorsieht, die eine Ähnlichkeit mit der «Bevin-boys»-Massnahme in England während des Zweiten Weltkrieges hat.

In Friedenszeiten ist eine solche Massnahme ungewöhnlich und entspricht praktisch einer Art Zwangsarbeit. Sie macht den Mangel an Arbeitskräften deutlich, der schon seit Jahren die Arbeit in den bulgarischen Bergwerken behindert.

Das Dekret teilt die betroffenen jungen Leute in zwei Gruppen ein:

1. Die erste Gruppe besteht aus denjenigen, die zum Dienst in der «Arbeitstruppe» ausgewählt worden sind — und zwar hauptsächlich politisch unzuverlässige Elemente und Angehörige von ethnischen Minderheiten. Wenn sie drei Jahre lang ohne Unterbrechung in den Bergwerken gearbeitet haben, gilt ihr regulärer Wehrdienst als abgeleistet.
2. Die zweite Gruppe besteht aus Studenten der Bergwerksschulen, die ihre Abschlussprüfungen gemacht und bereits einen dreimonatigen Grundausbildungslehrgang in der Armee beendet haben. Auch ihnen wird eine dreijährige, ununterbrochene Tätigkeit in den Bergwerken als Facharbeiter auf den Wehrdienst angerechnet.

Normalerweise beträgt die Dienstzeit in Bulgarien bloss zwei Jahre, nur bestimmte «Spezialtruppen» müssen drei Jahre dienen.

Das Dekret sichert den jungen Bulgaren die gleiche Bezahlung zu, wie sie die Bergleute erhalten — also wesentlich mehr Geld als der Wehrsold.

Es wird aber auch darauf hingewiesen, dass sie ihre volle Dienstzeit leisten müssen, wenn sie zu irgendeinem Zeitpunkt freiwillig die Arbeit im Bergwerk niederlegen. Nur wenn sie abberufen werden, wird die im Bergbau verbrachte Zeit auf die noch zu leistende Wehrdienstzeit angerechnet.

Bulgarien geht damit am weitesten in einer Tendenz, die im ganzen Ostblock festgestellt werden kann. Ueberall in den kommunistischen Staaten wurden im Militär die zukünftigen Arbeitskräfte für unpopuläre Wirtschaftszweige rekrutiert. In der CSSR und in Ungarn können Arbeiter, die einen Mehrjahresvertrag für Bergwerksarbeit unterzeichnen, einen Teil ihres Dienstes bereits mit ihrer Kumpeltätigkeit absolvieren.

Mode

CSSR

Imperialistischer Schmuck

Die tschechoslowakischen Kommunisten mussten zu ihrem Entsetzen feststellen, dass der weibliche Teil der Bevölkerung ganz offen imperialistische und monarchistische Symbole zur Schau trägt, und, was noch schlimmer ist, das «sozialistische» Genossenschaften diese munter herstellen und vertreiben.

Schuld daran ist die Mode, eine Mode, die offenbar den jungen Frauen in Prag und Pressburg, die als up-to-date gelten wollen, vorschreibt, eine Kette mit einem Münzanhänger um den Hals zu tragen.

Wie die Jugendzeitung «Mlada Fronta» berichtete, liess sich ein junges Mädchen eine schmale Kette mit einem Münzanhänger arbeiten. Als sie das Schmuckstück bei der Genossenschaft der Juweliere in Prag abholte, stellte sie fest, dass die Münze auf der einen Seite den deutschen Adler zeigte und auf der anderen Seite die Inschrift: «Deutsches Reich 1932, vier Reichspfennige».

«Dies ist aber durchaus nicht das einzige Beispiel dieser Art», schrieb das Blatt. «Unter den angebotenen Stücken der Genossenschaft befinden sich kleinere und grössere Ketten mit kleinen Münzen oder grossen Plaketten, von denen dir ein Kaiser entgegenstarrt — ein österreichischer oder ein deutscher Kaiser oder Gott weiß was sonst für ein Monarch.»

«Mlada Fronta» legte der Genossenschaft nahe, doch einmal den Vorrat an Münzen durchzusehen und jene auszusortieren, die «Zeugnisse des deutschen Imperialismus» zeigen.

Ein neues Zentrum für Studenten, das als Studentenstadt beschrieben wird, soll bis zum Jahre 1965 im nordwestlichen Bezirk von Prag fertiggestellt werden.

Wie die amtliche tschechoslowakische Nachrichtenagentur Ceteka berichtete, sind eine technische Hochschule, Verwaltungsgebäude, eine Bibliothek, eine Gesundheitsabteilung, Forschungsinstitute, zwei Cafeterias und verschiedene Geschäfte vorgesehen.

Der erste Bauabschnitt, der bereits in Angriff genommen wurde, sieht die Fertigstellung der Fakultät für Bauwesen, mit Zimmern und Arbeitsplätzen für 5000 Studenten vor.

Neue Autotypen

Die Fabrik von Mlada Bleslaw wird dieses Jahr zwei neue Personenwagen auf den Markt bringen. Es handelt sich dabei um den Wagen Felicia-Super und Octavia 1200. In die Personenwagen Octavia-Touring-Sport wird man stärkere Motoren (mit 53 PS) einbauen. Die Konstrukteure haben die Bohrung der Zylinder geändert und ihre Kapazität auf 1221 Kubikzentimeter erhöht.

In der Fabrik von Kvasiny, wo die Skoda-Felicia-Sportwagen hergestellt werden, wurde die Serienproduktion der neuen Wagen geänderten Typs aufgenommen. Schon selbst die geänderte Marke «Felicia-Super» weist darauf hin, dass die neuen Wagen mit starkerem Motor versehen sind. Dadurch können sie eine grössere Geschwindigkeit aufweisen.